

---

# DAKS-Kleinwaffen-Newsletter

Informationen des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen – Ausgabe 8/2020  
Nr. 179

---

## Virtuelle Hauptversammlung von Heckler & Koch: viele Fragen bleiben offen

Die gute Nachricht zuerst: die Hauptversammlung der Heckler & Koch AG musste in diesem Jahr nicht verschoben werden, sondern konnte wie geplant im virtuellen Raum stattfinden. Nur bedingt stattfinden konnten jedoch in diesem Jahr – bedingt durch die Form des Treffens – bildmächtige Proteste der Friedensbewegung. Das hat die Kritischen Aktionäre Heckler & Koch jedoch nicht daran hindern können, trotzdem an der HV teilzunehmen und ihre Fragen in die Diskussion einzubringen. Hierzu haben sie im Vorfeld nicht weniger als [123 Fragen](#) formuliert, die die Themenbereiche Rüstungsexporte, Lizenzvergaben, Jahresumsatz, Grüne-Länder-Strategie und die zukünftige Geschäftspolitik von HK behandeln. In Form einer Presseerklärung haben die Kritischen Aktionäre ihre Sorgen und Bedenken aber auch öffentlich gemacht. Darin heißt es:

*Pressemitteilung der Kritischen Aktionär\*innen Heckler & Koch  
anlässlich der virtuellen Hauptversammlung der H&K AG am 27. August 2020*

*„Grüne-Länder-Strategie“ verkommt zur hohlen Phrase*

- *Kleinwaffenexporte nach Singapur, Südkorea und in die USA zeigen: Freiwillige Beschränkungen von Heckler & Koch bleiben lückenhaft*
- *Personalkarussell, weder Opferfonds noch Rüstungskonversion: Gegenanträge fordern Nichtentlastung von Vorstand und Aufsichtsrat der H&K AG*
- *Kritische Aktionär\*innen reichen 120 Fragen (siehe [www.rib-ev.de](http://www.rib-ev.de)) zur bedenklichen Konzernentwicklung auch unter Nicolas Walewski (CDE) ein*

*Anlässlich der Hauptversammlung der Heckler & Koch AG (H&K) fordert das Bündnis der Kritischen Aktionär\*innen Heckler & Koch, dass der Kleinwaffenproduzent seine selbstgesetzte „Grüne-Länder-Strategie“ nicht weiter mit neuerlichen Ausnahmen unterwandert und die Wende in der Konzernentwicklung einleitet.*

*Ruth Rohde, Vorstandsmitglied beim RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.), kritisiert: „Bisher wird die ‚Grüne-Länder-Strategie‘ vor allem imageträchtig propagiert statt konsequent umgesetzt. Die von H&K beantragten und Anfang Juli 2020 vom Bundessicherheitsrat genehmigten Kleinwaffenexporte nach Singapur und Südkorea führen bisherige Aussagen, ausschließlich NATO-, NATO-assoziierte oder EU-Staaten beliefern zu wollen, ad absurdum.“ Laut Menschenrechtsreport von Amnesty International wird Singapur weiter entdemokratisiert, Menschen- und Bürgerrechte werden weiter abgebaut, die Todesstrafe wurde und wird vollstreckt. Südkorea liegt im militärischen Konflikt mit Nordkorea, jederzeit kann es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommen – dann auch mit H&K-Waffen. Zusätzlich ist auch die*

*Lieferung an von der Grüne-Länder-Strategie gedeckte Staaten mehr als fragwürdig. Anhaltende Polizeigewalt in den USA etwa dominierte zuletzt die Berichterstattung.*

*Amerikanische Polizeieinheiten sind auch im Besitz von H&K Waffen. „Die aktuellen Personalquerelen dürfen nicht davon ablenken: Von einer wirklich an Menschenrechten statt Profiten orientierten Strategie kann bisher keine Rede sein“, resümiert Paul Russmann, Beirat von Ohne Rüstung Leben in Stuttgart. „Wenn Heckler & Koch seine ‚Grüne-Länder-Strategie‘ wirklich konsequent umsetzen würde, sollten sich die bisherigen Ausnahmen für Staaten mit mangelhafter Menschenrechtslage verbieten.“*

*Jürgen Grässlin, Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros, Bundessprecher der DFG-VK und der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ fordert in zwei Gegenanträgen (siehe <https://www.beckler-koch.com/de/ir/ir-mitteilungen.html>), Vorstand und Aufsichtsrat nicht zu entlasten. „Das Personalkarussell dreht sich ungebremst weiter – derweil versagt die H&K-Führung weiterhin eklatant auf der ethisch-moralischen Ebene“, begründet Grässlin seine Anträge. „Noch immer verweigert Heckler & Koch die Strafzahlung in Höhe von 3,7 Millionen Euro wegen der illegalen G36-Gewehrexporte in verbotene Unruheprovinzen Mexikos. Das gleiche gilt für den Opferfonds – oder wie von H&K selbst angedacht eine Art Sozialfonds – für die Opfer der H&K-Waffenexportpolitik und für die Rüstungskonversion, der Umstellung auf eine sinnvolle nachhaltige Fertigung. Der neue H&K-Hauptgesellschafter Nicolas Walewski von CDE hat bisher keinerlei positive Signale ausgesandt. Wir Kritischen Aktionär\*innen warten bisher vergeblich auf irgendwelche positive Zeichen Walewskis. Genau deshalb haben wir 120 Fragen zur bedenklichen Konzernentwicklung in allen zentralen Bereichen eingereicht.“*

Natürlich ermöglichte weder der zeitliche Rahmen der Hauptversammlung noch die gewählte Form, die Fragen auch nur ansatzweise zu vermitteln, geschweige denn zu beantworten. Dennoch erscheint es verfehlt, die Hauptversammlung als gescheitert zu deuten, denn einerseits darf gehofft werden, dass die aufgeworfenen Fragen in den kommenden Wochen und Monaten weiter bearbeitet werden, und andererseits hat das Treffen andere Fragen in den Raum gestellt, die in dieser Deutlichkeit im Vorfeld nicht klar waren. Dies betrifft insbesondere den internen Machtkampf bei HK, der in den vergangenen Monaten zwar immer wieder öffentlich wurde, über den aber nie Konkretes ausgesagt werden konnte. Nach der HV ist nun klar, dass die Ära von Andreas Heeschen tatsächlich beendet ist, der interne Konflikt schwelt jedoch weiter.

So ist den [Abstimmungsergebnissen](#) zu den behandelten Anträgen zu entnehmen, dass es im Verlauf der HV zu erheblichen Problemen bei der Stimmabgabe gekommen zu sein scheint. Während über den ersten verhandelten Beschluss mit 25.494.842 gültigen Stimmen abgestimmt wurden, gab es bei den beiden weiteren Beschlüssen jeweils nur 22.121.333 gültige Stimmen. In den nachfolgenden Beschlüssen scheinen dann jedoch wieder alle Stimmen korrekt abgegeben worden zu sein. Wie nun die Differenz zu erklären ist bzw. weshalb eine Zeit lang 3.373.509 Stimmen, die rund 12% des Grundkapitals repräsentieren, ungültig abgegeben wurden, bleibt offen.

Hinzu kommt, dass die in diesem Teil der HV behandelten Beschlüsse aus Unternehmenssicht eigentlich unproblematisch gewesen sind, da sie Formalia wie die Verwendung des Unternehmensgewinns (Beschluss 2), die Entlastung des Vorstands (Beschluss 3) und die Entlastung des Aufsichtsrats (Beschluss 4) verhandelten. Trotzdem erhielt der Antrag zur Entlastung des Vorstands 6.595.610 Gegenstimmen, was einem Prozentsatz von 29,82% der gültig abgegebenen Stimmen entspricht. Angesichts der Schwierigkeiten, die bei der Stimmabgabe aufgetreten zu sein scheinen, scheint es schwer, dieses Ergebnis zu interpretieren: Waren es wirklich Gegenstimmen oder handelte es sich um ein Versehen?

Normalisiert hat sich die Situation erst in den Beschlüssen zur künftigen Geschäftspolitik, also in jenem Bereich, der in den vergangenen Monaten Gegenstand des Machtkampfes zwischen Andreas Heeschen und der von Nicolas Walewski kontrollierten Compagnie de Développement de l'Eau (CDE) gewesen ist. Die Ergebnisse in diesem Bereich erscheinen irritierend, da die in den vergangenen Monaten erreichte Frontstellung lediglich fortgesetzt wird: Alle von der CDE gestellten Anträge wurden angenommen, alle von Heeschen eingebrachten Anträge dagegen abgelehnt. Interessant ist dabei jedoch, dass die angenom-

menen Anträge mit einem Quorum von 74,1296 % angenommen wurden. Das ist viel, bedeutet aber auch, dass stets 25,8704 % der Stimmen gegen die Anträge waren. Daraus ist zu schließen, dass Andreas Heeschen nach wie vor über 25% des Stimmkapitals von HK kontrolliert und dementsprechend nach wie vor eine Sperrminorität im Unternehmen besitzt. Das klingt aber nicht danach, als wäre nun Frieden bei HK eingekehrt.

Sehr erhellend ist dann aber auch die Lektüre des zur HV veröffentlichten [Geschäftsberichts](#) für das erste Halbjahr 2020. Diesem ist zu entnehmen, dass HK in den vergangenen 6 Monaten einen Gewinn von 7,6 Millionen Euro erwirtschaften konnte. – Aber dieser scheint vor allem auf eine verbesserte Marktsituation (also mehr Aufträge) und weniger auf eine Steigerung der Profitabilität der Produktion selbst zurückgeführt werden zu können. Unter diesen Umständen scheint es jedoch zweifelhaft, ob HK wirklich ein marktwirtschaftlich rentables Unternehmen ist, denn die Schuldenlast ist mit Verbindlichkeiten in Höhe von 114 Millionen Euro immer noch erdrückend. Unter diesen Umständen war die Hauptversammlung sicher kein reiner Erfolg für Heckler & Koch, sondern eher ein weiterer Akt in einem Trauerspiel.

## **NATO-Russland-Beziehungen und Rüstungskontrolle: am IFSH erscheint eine neue Publikation**

*Kühn, Ulrich: The Rise and Fall of Cooperative Arms Control in Europe. Baden-Baden: Nomos, 2020. (Demokratie, Sicherheit, Frieden; 224). – ISBN 978-3-8487-6207-1*

Eine Fachpublikation mit literarischem Anspruch erscheint in Deutschland nur selten. Und natürlich ist auch die Studie Ulrich Kühns keine hohe Literatur, sondern eine fundierte empirische Analyse von kritisch geprüften Zahlen und Daten. Und dennoch kann dem Autor ein gewisser Schalk nicht abgesprochen werden: Als Edward Gibbons 1776 den ersten Band seines epochemachenden Werks „The History of the Decline and Fall of the Roman Empire“ veröffentlichte, begann er diesen mit einer atmosphärischen Schilderung des Zustands des Römischen Reiches im 2. Jh.; dabei bedeckt das Römische Reich den schönsten Teil der Erde, besteht aus dem besten Teil der Menschheit und seine Grenzen werden durch die in der Antike wohlbekannt, römische Tapferkeit geschützt. Was in den folgenden fünf Bänden folgt, ist eine Geschichte des Niedergangs und Verfalls, denn wer so groß, beginnt muss groß scheitern. Bei Kühn ist vieles anders, denn er lässt seine Darstellung im Jahr 1988 beginnen, als der Kalte Krieg die Welt bedroht und ein kalter Ostwind durch Manhattan weht. Aber es ist der Tag, an dem Michael Gorbatschow seine Rede vor der UN hält, bei der er die unilaterale und vorbedingungslose Reduzierung der russischen Truppenstärke um 500.000 Soldaten und den Abzug von 6 Panzerdivisionen aus Mitteleuropa im Verlauf der folgenden 3 Jahre ankündigt. Von diesem Moment an könnte vieles besser werden: Ein Ende des Kalten Krieges, Frieden und Versöhnung in Europa, der Aufbau eines internationalen Regimes zur Rüstungskontrolle und zur Verhinderung eines künftigen Krieges.

Doch was folgt, ist eben keine Erfolgsgeschichte, sondern ein Aufstieg und abrupter Fall der Kooperativen Rüstungskontrolle in Europa. Und so endet Kühns Darstellung dann an einem ähnlichen Punkt wie Gibbons Geschichte des Römischen Reichs, an einem Tiefpunkt. Bzw. konkret in einem dunklen Kellerloch, in dem ein Kind gegen eine übermächtig erscheinende Ratte kämpft.

Auf den 345 Seiten, die zwischen diesen beiden Geschichten liegen, stellt Kühn empirisch korrekt die Bemühungen zur Etablierung eines Rüstungskontrollregimes zwischen NATO und Russland dar.

Dabei setzt er die verschiedenen in Verträge und Vereinbarungen, die aufbauend auf dem Helsinki-Prozess in den Jahren zwischen 1990 und 2014 zwischen NATO und Russland geschlossen wurden, in Beziehung zur Außen- und Sicherheitspolitik der beiden Systeme.

Kühn beschreibt jedoch nicht nur die Bemühungen der verschiedenen Akteure, sondern deutet sie auch, indem er sie vor dem Hintergrund eines selbst konzipierten, multitheoretischen Ansatzes interpretiert. Seine Schlussfolgerungen sind damit so stichhaltig wie einleuchtend: Viel ist in den vergangenen Jahren

schief gelaufen und was mit Gorbatschows UN-Rede hoffnungsvoll begann, ist mittlerweile gegen die Wand gefahren. Europa und die Welt stehen damit vor einem Scherbenhaufen und die Frage ist weniger, wer an dieser Situation die Schuld trägt, sondern wie Wege zu einer erneuten Deeskalation gefunden und beschritten werden können.

Gerade für diese Frage gibt das Buch zahlreiche Anregungen, indem es eine fundierte und faktenzentrierte Datenbasis zur Verfügung stellt, von der aus gerade auch im politischen Diskurs argumentiert werden kann. Dies gilt, obwohl das Buch für den deutschen Markt zwei Mankos inhärent in sich trägt: einen Preis von knapp 90,- Euro und dass es in Englisch verfasst ist. An der Sprache lässt sich natürlich nichts ändern – aber es sei der Hinweis gestattet, dass die zahlreichen Tabellen und Übersichten den Text so gut strukturieren, dass auch rudimentäre Englisch-Kenntnisse ausreichen dürften, um die Pointen nachzuvollziehen. Und der Preis – Kühns jetzt veröffentlichtes Buch stellt die überarbeitete Fassung einer bereits im Jahr 2015/2016 am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) eingereichten Dissertation dar. Wer die Ausgaben scheut, mag auf die nicht überarbeitete Fassung zurückgreifen, die über die [UB Hamburg](#) kostenfrei zur Verfügung gestellt wird.

## **Waffengefahr ohne Ende: deutsche „Altlasten“ aus den Weltkriegen**

Die Rede von den „tickenden Zeitbomben“ klingt fast schon abgegriffen, doch bitter nötig ist sie, mehr denn je. Denn die aus den beiden Weltkriegen übrig gebliebenen und einfach nur aus den Augen verschwundenen Munitions- und Chemiewaffen-Bestände schlummern, um es beschönigend zu sagen, zum Beispiel auf dem Grund der Ostsee. [Frido Essen](#) berichtet für Radio Bremen über Chemiewaffen wie Tabun, Sarin, Phosgen oder Senfgas. Der Verbleib dieser hochgefährlichen Stoffe sei bei der meist chaotischen „Entsorgung“ in den Nachkriegswirren häufig nicht schriftlich dokumentiert worden, auch gebe es keine fotografischen Nachweise.

Ein Beispiel im Bericht ist der [Dethlinger Teich](#) bei Munster in der Lüneburger Heide, in den Briten und Deutsche nach dem Zweiten Weltkrieg ungezählte Kampfstoffe und Chemiewaffen hineingeschmissen haben, auch wieder ohne Dokumentation. (Viele solcher Waffen wurden in einer langdauernden [Verklappungsaktion](#) in die Nord- und Ostsee geworfen, zum Teil in der Skagerrak-Straße und bei Skandinavien, vermutlich Norwegen.) Doch es gebe, so Essen, viele weitere Stellen, an denen Gefahrenstoffe vergraben wurden, auch in bewohnten Gebieten. In der Filmankündigung heißt es: „Wer glaubt, dass diese Orte alle bewacht oder behördlich geschützt sind, irrt.“

In der Ankündigung heißt es weiter: „Eindrücklich zeigt der Film, dass es kein klares Konzept gibt, wie das Problem flächendeckend und umfassend gelöst werden kann. Der Bund schiebt die Verantwortung den Ländern zu. Vielversprechende Ansätze, die es im Laufe der Zeit immer mal wieder gibt, verlaufen am Ende im Sande.“ Die wenigen kritischen Stimmen, die das Problem anprangern würden, würden nicht gehört. Doch die Fachleute seien sich einig: „Wenn wir das Problem jetzt nicht angehen, wird es immer gefährlicher und noch viele zukünftige Generationen beschäftigen.“ Wir sehen: Es gibt weder ein politisches Bewusstsein noch eine Langzeitpolitik zu diesem Thema.

Ebenso wenig gibt es eine vorausschauende Politik: Denn auch heute werden Waffen produziert, deren Verbleib später keinen mehr interessiert. Im Gegensatz zu vielen der oben genannten Kampfstoffe töten und verletzen „normale“ Waffen bereits jetzt ganze Regionen, verseuchen sie quasi, etwa Kleinwaffen und Minen. Wieder bewahrheitet sich: Rüstungsexport ist eine Untat, weil der Verkauf in andere Länder und Kontinente bedeutet, dass die Weitergabe der Waffen und deren „Benutzung“, also Angriffe auf Menschen, unkontrollierbar sind.

Was sollte geschehen? Es muss für betroffene Gemeinden und Regionen Hilfe vom Staat und von den Bundesländern und Gemeinden geben – ebenso müssen die Bundesrepublik Deutschland und die handelnden Firmen zur Verantwortung für ihre in anderen Ländern stattgefundene Waffenverbreitung

gezogen werden! In der Folge muss natürlich ein gedanklicher und dann praktischer Wandel bei den produzierenden Firmen stattfinden, d. h. sie müssen auf eine zivile und die Gesellschaft nicht gefährdende Produktion umstellen. All dies kann sicherlich nur erreicht werden, wenn die Bevölkerung auf diese (früheren oder jetzigen) Waffenproduktionsverbrechen aufmerksam wird und aktiv einschreitet, um zukünftige Katastrophen zu verhindern.

### **Weitere Links:**

Der NDR berichtete im Dezember 2019 über die [Sanierungspläne](#) des Dethlinger Teichs.

Frido Essen kündigt den Filmbericht bei der ARD auch in einem [umfangreicheren Artikel](#) an. Hier weist er auf ein großes Problem hin: Es gebe in Deutschland immer weniger Fachleute, die sich mit den Kampfstoffen beschäftigen würden.

Die Wikipeda gibt ebenso Informationen zu der Arbeit des [Kampfmittelräumdiensts](#) und von beauftragten Firmen.

Der [BUND Schleswig-Holstein](#) wies 2017 auf die hochgefährlichen militärischen Altlasten im Meer hin, u. a. auf Gefahren für Fischer und Strandspaziergänger sowie auf die damals häufigen Bombenfunde bei der dänischen Ostseeinsel Bornholm.

Eine wichtige Frage ist, welche Altlasten aus dem Ersten und noch mehr aus dem Zweiten Weltkrieg in den damals von Deutschland (und Österreich) überfallenen und bombardierten Ländern (etwa [Polen](#)) noch vorhanden sind und Gefahren darstellen.

## **Impressum & Kontakt**

DAKS-Koordination  
c/o RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)  
Postfach 5261, 79019 Freiburg

Tel. 0761-7678088  
E-Mail: [daks-news@rib-ev.de](mailto:daks-news@rib-ev.de)  
Web: [http://www.rib-ev.de/?page\\_id=206](http://www.rib-ev.de/?page_id=206)

**Hinweis: DAKS und die Sponsoren des Newsletters übernehmen für die Inhalte und die Sicherheit der in diesem Newsletter aufgeführten Internetadressen keinerlei Haftung.**  
Verantwortlich i.S.d.P.: Fabian Sieber

Förderer des Kleinwaffen-Newsletters sind das [Friedenszentrum Braunschweig](#), [Ohne Rüstung Leben](#), der [DFG-VK-Bundesverband](#), [Pax Christi Deutschland](#), [terre des hommes Deutschland](#) und folgende DAKS-Organisationen:

- ▶ attac-Ortsgruppen
- ▶ Friedensinitiative Nottuln



- ▶ IPPNW Stuttgart
- ▶ Netzwerk Afrika Deutschland, Bonn
- ▶ pax christi – Bistumsstelle Rottenburg/Stuttgart
- ▶ ... sowie weitere Gruppen aus dem Friedensbewegungs-, kirchlichen und entwicklungspolitischen Zusammenhang.



Friedenszentrum  
Braunschweig

